



Der Steinmetz

Organ des Zentralverbandes der Steinmetze Deutschlands

„Der Steinmetz“ erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post zinkl. Vierteljährlich 1.20 Mk.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Seyler Straße 32, IV., Volkshaus
Telephonamt 280.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die einseitige
Petitzeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einzahlung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinmetz“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 12.

Sonnabend, den 23. März 1918.

22. Jahrgang.

Der Verband deutscher Granitwerke betreibt keine Lohnpolitik!

Wir erhalten aus granitindustriellen Kreisen nachstehende
Mitteilung, die wir sehr gern veröffentlichen. Der Verfasser
wünscht aber, seine Unterschrift nicht bekanntzugeben:

„In letzter Zeit wurde mehrmals im „Steinmetz“
hinsichtlich der „Lohnpolitik“ des Verbandes deutscher Granit-
werke“ Anfang März seine Generalversammlung in
Leipzig abgehalten, wobei die Erwartung zum Ausdruck kam, daß
diese Verhandlungen in Leipzig auch in bezug auf die Lohn- und
Leistungszulage ein günstiges Resultat zeitigen möchten. Zu
Orientierung sei hierzu bemerkt, daß hierbei von nicht zutreffen-
den Voraussetzungen ausgegangen wird. Der Verband deut-
scher Granitwerke befaßt sich als solcher nicht mit Lohnfragen;
er handelt sich hier nicht um einen ausgeprägten Arbeit-
geber und, wie beispielsweise im Baugewerbe, sondern die
Interessenvertretung liegt nur vorerst noch auf anderen Gebieten.
Es ist deshalb auch in der Leipziger Versammlung zur
Stellungnahme in der von den Arbeitnehmerkreisen erwarteten
Weise nicht gekommen. — Bei der zunehmenden Organisierung
wird allerdings auch im V. D. G. einmal eine Verwirklichung
des Programmes und die Zusammenfassung der Interessen auf
allen Gebieten stattfinden müssen, wobei dann hoffentlich auch
die Einführung des einheitlichen Lohnsatzes, unter Berücksich-
tigung der nicht überall gleichen wirtschaftlichen Verhältnisse,
möglich ist. Daß die Erreichung dieses wünschenswerten Zieles
für alle Beteiligten, für Arbeitgeber und Arbeitnehmer, von
großem Vorteil ist, bedarf für den Eingeweihten keiner näheren
Erläuterung.“

Die Mitteilung ist uns neu, daß sich der Verband deutscher
Granitwerke mit Lohnpolitik nicht befaßt. Zu der Leipziger
Tagung hatten wir nachstehende Anträge gestellt:

1. Erhöhung der Leistungszulage.
 2. Schaffung eines Einheitslohnes für die Schleifereibranche.
- Nun ist uns über die Leipziger Tagung schon ander-
weitig berichtet worden, daß dort unsere Anträge wegen der
schon reichhaltigen Tagesordnung nicht eingehend beraten
werden. Wir sind der Meinung, dieses war ein großer Fehler.
Wenn in der Schleifereibranche große Reibungen vermieden
werden sollen, dann muß der Verband deutscher Granitwerke
zugunsten der Leistungszulage einen Standpunkt einnehmen,
den die Wünsche der Arbeiter entgegenkommt. Die Ausein-
andersetzungen in Moskau und in Koblenz haben ja den
deutlich gezeigt, daß die Granitarbeiter nicht schlechter
stellen wollen als wie die Arbeiter des Baugewerbes.
Im Jahre 1915 hat der V. D. G. die Verkaufspreise zweifach
um je 10 Prozent erhöht, also mit den Verkaufspreisen
entsprechend sich der Verband, aber mit der Entlohnung der
Arbeiter will er sich angeblich — nicht beschäftigen. Ob der
Verband sich in dieser Hinsicht weiterhin passiv verhalten will,
wissen wir nicht, aber das scheint uns einzutreten, daß
wir mit den Schleifereindustriellen in Zukunft in schwere
Kämpfe verwickelt werden. Die Halsstarrigkeit der Herren
in der jetzigen Leistungszulagenbewegung hat unter den
Arbeiter große Mißstimmung hervorgerufen. In Moskau
haben sich die Kollegen bitter beschwert, weil die
Arbeiter so wenig Entgegenkommen zeigten, die Schleiferei-
arbeiter der Oberlausitz können sich über weitere Zulagen erst
dann einig, wenn die neue Entscheidung im Fichtelgebirge
erhalten ist. Daß ein solch hohes Verhalten den Arbeitern
gegenüber auch auf die Leitung unseres Verbandes
nicht ohne Rückwirkung bleibt, dürfte ohne weiteres klar sein.
Die Verbandsvertreter haben es auch fast, immer erst einen
großen Ringkampf wegen der Leistungszulage führen zu
müssen. Bisher wurden in der Schleifereibranche bloß 20 Pro-
zent Zuschlag bezahlt, das ist kein annehmbares Entgegenkommen.
Es wird Unternehmerrisiko eingewendet, ja wir müssen mit
der Konkurrenz rechnen, ferner mit den verteuerten Roh-
materialien. Gewiß ist uns bekannt, daß die Rohsteine, die
Öle, das Schmieröl bedeutend gestiegen sind, aber
darum ist es letzten Endes immer bloß der
Arbeiter, der trotz der ungemein verteuerten Lebensweise
nicht einen dementsprechenden Zuschlag verlangen soll. Da
wir auf der letzten Tagung der Verband deutscher Granit-
werke einsehen und die Zulagenbemessung eingehend zur Be-
ratung stellen. Weil nun dieses nicht geschah, so sagen sich
die Herren im Norden, gut, warten wir ab, was im Fichtel-
gebirge beschlossen wird, und nach jenen Beschlüssen richten
sie uns. Uns praktische überlegt heißt dieses: die Zulage
ist so niedrig wie möglich festgesetzt. Die Schleiferei-
industriellen spielen bei den Verhandlungen gern immer auf
die Konkurrenz der „anderen“ an, soweit insbesondere die
Arbeiterlöhne in Frage kommen. Dieses unwürdige Schau-
spiel kann sich auch unter Verbandsleitung nicht mehr lange
ziehen. Die Geschädigten würden immer die Arbeiter sein.
In den meisten Orten der deutschen Steinindustrie beträgt
die Zulage 40 Prozent, warum soll diese Zulage seitens der
Schleifereibesitzer nicht ebenfalls gewährt werden können?
Dabei werden besonders an die Steinmetzen hohe Ansprüche
in bezug auf technische Fertigkeiten gestellt.

Wenn die Dinge so weiter treiben, so entstehen Kom-
plikationen, die wir nicht anmalen, sondern bloß andeuten
wollen. Und da der Verband deutscher Granitwerke mit
Lohnpolitik nichts zu tun hat, siehe die obigen Ausführungen,
so wissen nun die Arbeiter, daß der Widerstand lediglich bei
den Einzelunternehmern zu suchen ist.

Leistungszulagen und Lebensmittelpreise.

Von Th. Thomas (Frankfurt a. M.)

Durch den Krieg sind die Aufgaben der Gewerkschaften außerordent-
lich vermehrt worden. Wer geglaubt hat, daß ihr Arbeitsgebiet in der
Kriegszeit eingeschränkt bleibe, ist jetzt durch die Erfahrung von 42
Kriegsmonaten gründlich widerlegt. Die Revolution aller Arbeit durch
die Kriegswirtschaft hat ihr neue große Arbeitsgebiete zugewiesen. Be-
sonders das Interesse der Gewerkschaften an einer vernünftigen Lebens-
mittelpolitik trat stark in den Vordergrund. Von der ersten öffent-
lichen Aufforderung an, sich 1914 für die Ernährungszulagen zur Verfügung
zu stellen, bis zu der noch heute fortdauernden Mitarbeit der Vertreter
der Generalcommission im Beirat des Kriegsernährungsamts
ist die Zeit ausgefüllt mit Eingaben, Vorschlägen und Hinweisen für die
Verbesserung des Ernährungswesens. Von den großen Massenbewe-
gungen der Metall- und Bergarbeiter bis zur Aussprache in der letzten
Sitzung des kleinsten Verbandes kam ein großer Teil auf die Ernährungs-
frage. In Staat, Provinz und Gemeinde, in Fabriken und Werk-
stätten haben gewerkschaftliche Vertreter unermüdet gearbeitet, die Er-
nährungsnot zu erleichtern.

Auf der anderen Seite haben die Gewerkschaften alle Kraft daran
gesetzt, durch Lohnsteigerungen und Kriegszuschläge die Schäden der
Leuerung zu mildern. Oberste Sorge war allerdings und muß bleiben:
billige und ausreichende Lebensmittel zu beschaffen. Der Ausgleich durch
Lohnsteigerung kommt erst in der zweiten Reihe, weil er zunächst nur
einem Teile des Volkes, dem organisierten Erwerbsschichten zugute
kommt, während weitestgehende Lebensmittelpolitik dem ganzen Volke
nutzt. Vermehrung der Produktion, billiger Preis und gerechte Ver-
teilung sind deshalb für die Ernährungspolitik das weitest wichtige.
Zudem ist durch Lohnsteigerungen allein die Lebensmittelversorgung nicht
zu verbessern. Guter Verdienst der Arbeiter kann die Menge nament-
lich der notwendigen Lebensmittel nicht vermehren. Der gutbezahlte
Arbeiter kann sich allerdings im freien Handel mancherlei teure Er-
gaben verschaffen. Aber damit ist schließlich immer nur einem Ein-
zelhaushalt geholfen, während die allgemeine Aufgabe dahin geht, Lebens-
mittel der Gesamtheit zuzuführen. Deshalb haben auch die Gewerks-
schaften in erster Reihe Hilfe für die Allgemeinheit durch eine richtige
Lebensmittelpolitik erstrebt, und erst danach den Kampf für höhere Löhne
als Hilfsmittel gegen die Leuerung betrieben.

Bis zum Beginn des Jahres 1915 hielt sich die Steigerung der
Lebensmittelpreise in mäßigen Grenzen. Aber dann kamen die Preis-
erhöhungen Schlag auf Schlag. Der Arbeitslohn sank in kurzer Zeit
auf die Hälfte seines Wertes. Dagegen kämpften die Gewerkschaften
nachdrücklich mit der Vertretung von Lohnforderungen an. Es trifft
nicht zu, daß sie sich darin durch den Burgfrieden irgendwie hemmen
ließen. Sie wählten andre Formen des Kampfes, aber sie kämpften.
Wird nach Schluß des Krieges die Geschichte der Gewerkschaften für diese
Zeit geschrieben, dann wird sich im Zusammenhang übersehen lassen,
wie zahlreiche und wie große Bewegungen sie durchgeführt haben.

Trotzdem dürfen wir nicht verkennen, daß die Spannung zwischen
Preissteigerungen und Löhnen immer größer geworden ist. Wir sind
nicht die Loren, als die uns der Unabhängige Gewerkschaftskritiker Paul
Lange hinstellt, daß nicht die Lohnhöhe an sich entscheidend ist, sondern
die Menge der Waren, die man sich für den Lohn kaufen kann. Wir
lassen uns nicht von den Ausnahmerscheinungen der Munitionindustrie
täuschen, auf denen die Unternehmer herumreiten. Im Hinblick auf die
große Masse derer, die unter den Kriegswirkungen leiden, kommen die
paar Hunderttausende kaum in Betracht, die wirklich einen der Leue-
rung entsprechenden Lohn beziehen.

Die Arbeiter des Textilgewerbes, der Nahrungsmittelindustrie, des
Baugewerbes, der keramischen Industrie, des Buchdruckgewerbes, die
Fabrik- und Transportarbeiter, die Millionen Angestellten, die Beamten
der Post und der Bahn, die städtischen und Staatsarbeiter, und große
andere Volksteile hatten schwer zu leiden, trotzdem die Gewerkschaften
alles taten, um ihr Los zu erleichtern.

Nach sehr vorsichtigen Berechnungen haben wir, ganz unbeeinflusst
von den amtlichen Notierungen einen durchschnittlichen Lebensmittelpreis
ermittelt, der den von 1914 um 120 bis 130 Prozent übersteigt. Nicht
berücksichtigt sind bei dieser Berechnung die enormen Preissteigerungen
für Haushaltsgegenstände, Kleidung und Möbel; sonst wäre das
Ergebnis noch ungünstiger ausgefallen. Abgesehen von der Rüstungs-
industrie betragen hingegen die Leistungszulagen in den Jahren 1915
bis 1917 bei den günstigen Berufen rund 60 Prozent, bei den übrigen
30 Prozent. Ja, es gibt noch viele Laufende, die noch keine Leue-
rungszulage erhalten konnten. Im Gesamtdurchschnitt ergibt sich eine
Lohnsteigerung von 45 Prozent. Das ist ein Drittel der notwendigen
Mehraufwendungen für Lebensmittel. Kann ein so ungünstiges Resul-
tat richtig sein? Die Nachprüfung der Zahlen für die tarifmäßig er-
reichten Verbesserungen bestätigt die Rechnung. Die mildgemachten
Lohnsteigerungen, die daneben hier und dort erreicht wurden, sind zu
fellen und unbedeutend, um das Bild zu verfeinern.

Daß bei einem solchen Unterschied in der Steigerung der Lebens-
mittelpreise und Arbeitslöhne die Arbeiter überhaupt noch existieren,
erklärt sich nur daraus, daß hochwertige Lebensmittel nur noch zu
einem Bruchteil des früheren Verbrauchs zu kaufen sind, z. B. Butter,
Eier, Milch, Fett, Wurst, Käse, andre wie Brot, Fleisch und Obst zur
Hälfte. Die meisten Haushaltsgegenstände wie Möbel, Wäsche,
Betten und Kleider können jetzt überhaupt kaum ergänzt werden. Bei
einem Einkommen bis zu 2500 M. gibt man jetzt tatsächlich 90 Prozent
für Lebensmittel aus und erhält doch viel weniger als vor dem Krieg.
Erst dadurch wird verständlich, daß bei einer Preissteigerung von 130
Prozent die Arbeiter mit 45 Prozent Lohnzuschlag leben.

Die Zustände wären natürlich noch viel schlimmer, wenn nicht die
Gewerkschaften Lohnsteigerungen durchgesetzt hätten. Nur waren ihnen
die Agrarier immer um zwei Haderlängen voraus. In der Regel
konnten sie vom Arbeitgeber nur einen Teil dessen wieder einholen, was
die Landwirte, die Wucherer in den Städten, und die ganze vertriebene
Lebensmittelpolitik ihnen abgenommen hatten. Gerade daran erkennt
man recht deutlich, daß nicht hohe Löhne die teuren Preise verschuldet
haben, sondern umgekehrt die Lohnforderungen erst eine Folge der
Leuerung waren.

Die Lohnsteigerungen sind in den allermeisten Fällen vorläufig in der
Form von Kriegszulagen gewährt worden. Anfangs haben sich die
organisierten Arbeiter dagegen genügend gewehrt, weil jeder glaubte,
es handle sich um vorübergehende Erscheinungen. Jetzt haben sich die
hohen Preise so eingetrennt, daß sie schwer wieder zu beseitigen sind.
Aber ob man nun von Kriegs- und Leistungszulagen spricht und andre
Namen wählt, kein Unternehmer darf daran denken, die Löhne wieder

zu senken, ehe nicht die Lebensmittelpreise bedeutend herabgegangen
sind. Das wird sobald nicht geschehen. Inzwischen wird sich nach häufig
genug Gelegenheit finden, die Zuschläge in das System der Tarifverträge
hineinzuarbeiten. Der Gefahr, daß in der Übergangs-
wirtschaft die Leistungszulagen gestrichen werden
ehe die Kriegspreise sich senken, muß und wird vor
den Gewerkschaften wirksam entgegengearbeitet
werden.

Während der 3½ Kriegsjahre haben die Gewerkschaften bei der
Lösung so vieler Fragen des täglichen Lebens mitarbeiten müssen, daß
die Grenze zwischen politischer, gewerkschaftlicher und genossenschaftlicher
Betätigung vielfach verwischt worden ist. Man kann wirklich oft nicht
mehr sagen, wo die eine aufhört und die andre beginnt. Alles muß
innig ineinandergreifen, dann werden die Aufgaben bewältigt und für
die breiten Massen des Volkes so viel Erleichterung geschaffen, wie zu
erreichen möglich ist.

Leistungszulagen in der Steinindustrie.

Hannover. Der Stundenlohn wird ab 15. März um
20 Pf. erhöht. Die Gesamtschuldenlohnzulage beträgt
jetzt 48 Pf.

Kiefersfelden (Oberbayern). Die Zulage wurde
auf 9 Mark erhöht und steigt nochmals um 2 Mark, die
Arbeiterinnen bekommen 5 respektive 8 Mark Zulage.
Allerlei haben sich die Kiefersfelder Marmorwerke bei der
Zulagenbemessung nicht angestrengt, denn die Säge gelten auf
die 14tägige Lohnperiode.

Kirchenlamitz. Die neue Abmachung mit der Bau-
und Werksteinbranche im Fichtelgebirge lautet:

Zwischen dem Verband der Steinbruch- und Steinmetz-
geschäfte des Fichtelgebirges und dem Verband der
Steinmetz- und Steinmetz-Deutschland kam am 11. März folgende Ver-
einbarung zustande:

Auf alle tarifmäßigen Akkordpreise, ausgenommen Kriegsarbeit, wird
ab 1. April ein Gesamt-Leistungszuschlag von 33½ Prozent
(dreißig und ein Drittel Prozent), ab 1. August 40 Prozent
(vierzig Prozent) bis zur Einführung des neuen einheit-
lichen Tarifes bezahlt.

Kriegsarbeiten erhalten ab 1. April 20 Prozent für die Kirchen-
lamitzer Betriebe und 25 Prozent auf die Weissenhäger Betriebe Ge-
samtszuschlag. Ab 1. Juli wird auf diese Arbeiten im allgemeinen
ein weiterer 10prozentiger Zuschlag bezahlt, jedoch unter-
liegt dies nochmaliger vorheriger Vereinbarung.

Bredner und Hilfsarbeiter erhalten, soweit dies nicht bereits in ein-
zelnen Orten geregelt, auf die jetzigen Löhne und Zuschläge dieselben
Aufbesserungen wie die Steinhauer, z. B. in Klammitz jetzt 16 Prozent
und 13½ Prozent, zusammen rund 30 Prozent auf die jetzigen Grund-
löhne, ab 1. August dann weitere 5 Prozent. Die Herren Unternehmer
haben sich bereit erklärt mit dem Verband der Steinmetz wegen
der Ausarbeitung eines Einheitslohnes baldigst in
Verhandlung zu treten.

Koblenz. Auf den Grundlohn gibt es 40 Prozent Zu-
schlag.

Schwarzenbach (Fichtelgebirge). Wegen der neuen
Leistungszulage fanden hier am 16. März mit dem Verbands-
der Granitschleifereien des Fichtelgebirges Verhandlungen
statt, welche zu folgendem Ergebnis führten:

Die Gesamtzulage beträgt	ab 27. 4. 18	ab 28. 9. 18	ab 28. 12. 18
für Steinmetzen und Hand- schleifer	30%	35%	40%
für Maschinenschleifer	25%	30%	35%

Den Steinmetzen wird für Kammellöhne auf die Tarif-
grundlöhne bis auf weiteres ein Zuschlag von 10 Prozent
bewilligt. Die Abmachung gilt für 12 größere Firmen der
Schleifereibranche. Auf diese Verhandlungen hat sich das
Interesse der Kollegenschaft Deutschlands deshalb so konzen-
triert, weil die Granitschleifereibesitzer in den übrigen Ge-
bieten immer auf die Konkurrenz des Fichtelgebirges ver-
wiesen. Besonders in Moskau, sowie in der Oberlausitz, kam
es wiederholt zu scharfen Auseinandersetzungen mit den Unter-
nehmern.

Arbeiterkontrollen.

Die Eingabe unseres Verbandsvorstandes, daß in der
Steinindustrie zur Durchföhrung der Unfallverhütung, Kon-
trollen aus Arbeiterkreisen ange stellt werden sollen, hat
unter den Steinmetzbesitzern große Beachtung gefunden. Am
Steinbruch, Nr. 9/10 nimmt hierzu auch der Steinmetz-
föhrer Herr Sachmann-Barzen Stellung und schreibt dar-
über unter anderem:

„Was die Notwendigkeit und der Nutzen von Arbeiter-Kon-
trollen anbelangt, so kann man darüber verchiedener Meinung
sein. Man hat in solchen Fällen, wo Arbeiter-Kontrollen über-
einge führt sind (Bergbau usw.) im allgemeinen keine unangenehmen
Erfahrungen gemacht, andererseits ist aber auch nicht zu verkennen,
daß der Nutzen, den die Arbeiter-Kontrollen gehabt haben, nicht
jeht beträchtlich für die Arbeiter und für die Unternehmer ge-
wesen ist.“

In der Steinindustrie liegen die Verhältnisse zweifellos so,
daß bei den oftmals weit auseinanderliegenden Betrieben, insbe-
sondere bei den vielen Zwergebetrieben eine technische Überwachung
durch einen, höchstens zwei Beamte der betreffenden Section nicht
immer ausreichend erscheint. Wenn denselben ein Arbeiter-Kon-
trollen zur Beihilfe mitgegeben werden kann, ist meine persönliche
Meinung die, daß in vielen Fällen, insbesondere wenn nach der
Art der neuen Betriebsverhältnissen und einer neuen Arbeit-
weise in den Brüchen gearbeitet werden muß, die Arbeiter-Kon-
trollen sehr wohl in der Lage wären, die Unfallgefahr herabzu-
drücken. Ich glaube nicht, daß die jetzigen technischen Beamten sich

...sich nicht fügen können, wenn sie mit den Arbeiter-Kontrollstellen gemeinam oder neben diesen die Betriebsüberwachung ausführen. Voraussetzung dabei ist allerdings, daß auch nur solche Arbeiter als Kontrolloren zugelassen werden, die sich bei der Betriebsüberwachung jeder politischen und gewerkschaftlichen Agitation enthalten. Die von dem Reichsversicherungsamt geforderten Kenntnisse über die Arbeitsbedingungen des Reichsversicherungsamtes und Arbeitsfähigkeit über die zur Vertretung kommenden Maschinen usw. ist und soll Sache der schon bisher tätigen technischen Aufsichtsbeamten sein. Ich kann mir aber sehr wohl vorstellen, daß bei einer gemeinsamen Tätigkeit der technischen Beamten mit einem gewissenmaßen praktisch erfahrenen Arbeiter-Kontrolloren, der seine Sache nicht nimmt und nicht alles immer bloß vom Arbeiterstandpunkt aus, eine Veranlassung der Unfallgefahren herauskommt."

Aus diesen Neußerungen geht hervor, daß Herr Bachmann unsere Begründung mit Bedacht gelesen hat. Weiter kommt er ohne weiteres an, daß gegen die Anstellung von Arbeiterkontrolloren, auch vom Standpunkt der Unternehmer aus, prinzipiell nichts einzuwenden wäre. Der Hinweis darauf, daß sich die Arbeiterkontrolloren nicht politisch bei der Betriebsüberwachung betätigen dürfen, trifft uns nicht. Die Arbeiterkontrolloren haben genau wie die technischen Aufsichtsbeamten dahin zu wirken, daß die Unfallverhütungsvorschriften in forrester Weise durchgeführt werden. Mit Politik und gewerkschaftlicher Agitation hat ihre Tätigkeit auch nicht das geringste zu tun. Wir haben überdies, diesen Gesichtspunkt bereits in unserer Denkschrift ebenfalls erörtert. Wir hoffen, daß in den Sektionsberatungen der Steinbruchsberufe-Genossenschaft der gestellte Antrag im Sinne der Überlegen erledigt wird.

Abrechnung der Zahlstellen vom 4. Quartal 1917.

Einnahme.		
An Eintrittsmarken	73.— M.	
Beitragsm. 1. Klasse à 70 Pf.	10 650,50	
" " 2. " " 60 "	7 507,40	
" " 3. " " 50 "	6 260,50	
" " 4. " " 40 "	3 603,40	
" " 5. " " 30 "	165.—	
Erwerbslosenm. à 20 Pf.	1 434,50	
" " " 10 "	33,60	
Uebersch. aus den Beitragsm.	4 050,00	
sonstigen Einnahmen	3 318,97	
Zufluß aus der Hauptkassa	1 067,92	
Summa	35 135,59 M.	
Ausgabe.		
Für Krankenunterstützung	11 438.— M.	
Keitunterstützung	18.—	
Streitunterstützung	32,60	
Wahrgeldunterstützung	99.—	
Nachzahlung	185,30	
Verwaltung (persönliche)	21.—	
(sachliche)	4 041,98	
Beitrag an Kartelle	1 419,84	
lokale Unterst. u. Agitation	658,99	
sonstige Ausgaben	3 377,02	
an der an die Hauptkassa gelangt	122,56	
	2 147,93	
	11 547,38	
Summa	40 419,40 M.	
Silanz:		
Stand am Schluß des 3. Quartals	157 167,33 M.	
Einnahme im 4. Quartal	36 135,69	
Summa	193 303,02 M.	
Ausgabe im 4. Quartal	40 419,40	
Recht Bestand	152 883,62 M.	

Leipzig, im März 1918.
H. Walther.

Abrechnung der Hauptkassa vom 4. Quartal 1917.

Einnahme.		
An Eintrittsmarken	104,50 M.	
Beitragsm.	12 706,92	
Erwerbslosenm.	897,64	
Kartell	16,50	
Honorements und Interate	223,91	
diversen Einnahmen	5 027,78	
Summa	18 977,35 M.	
Ausgabe:		
Für Agitation:		
a) Gaukreuzungen	1 191,96 M.	
b) Zentralrat	76,92	
Unterstützungen:		
a) Krankenunterstützung	978,53	
b) Sterbeunterstützung	545,32	
c) Notstandsunterstützung	20.—	
d) Streitunterstützung	32,67	
e) Besondere Unterst. u. Agitation	1 200.—	
Verwaltung (persönliche):		
a) Gehalt	1 712.—	
b) Verordnungsbeiträge	392,03	
c) Reisen, Entlohnung	133,49	
Verwaltung (sachliche):		
a) Bureauausgaben (Miete usw.)	591,52	
b) Porto, Straßporto	100.—	
c) Druckkosten	62,50	
d) Anzeigen, Div. Waren	122,90	
Verbandsorgan	3 239,84	
Beitrag an die General-Kommission	1 329,15	
Beitrag an die General-Kommission	405.—	
Beitrag an die General-Kommission	59,06	
Summa	12 222,90 M.	
Silanz:		
Stand am Schluß des 3. Quartals	519 983,13 M.	
Einnahme im 4. Quartal	18 977,35	
Stand und Einnahme	538 960,48 M.	
Ausgabe im 4. Quartal	12 222,90	
Recht Bestand am Schluß des 4. Quartals	526 737,58 M.	

Leipzig, im März 1918.
Hugo Walther, z. Zt. Kassierer.
Vorstehende Rechnung geprüft und in Ordnung befunden.
Die Revisoren:
Emil Zehner, Eugen Kampfrad, Hermann Ulrich.

Rundschau.

Als Schlichter wurden die Gewerkschaften in 1917 (Leipzig) ernannt.
Zweiter Verhandlungstag des Bauarbeiterverbandes. Der Deutsche Bauarbeiter-Verband begann am 11. März in Nürnberg seinen zweiten Verhandlungstag, den ersten seit Kriegsbeginn. Auf der Tagesordnung standen außer den üblichen Besprechungen die Besprechung des Tarif, die Unterzeichnung der Besetzung eines ständigen Ausschusses und die Unterzeichnung der Besetzung eines ständigen Ausschusses. Als Vertreter der Bauarbeiter erschienen Herr Wagner, der den Verhandlungstag leitete, Herr Wagner, der den Verhandlungstag leitete, Herr Wagner, der den Verhandlungstag leitete.

hief. Den Vorstandsbericht erstattete P. P. P. Mit der Arbeitsgemeinschaft im Baugewerbe sind nicht so günstige Erfahrungen gemacht worden wie in anderen Berufen. Die Politik der Generalkommission ist in jeder Beziehung zu billigen. Es ist gar nicht möglich gewesen, am 4. August eine andere Politik einzuschlagen. Die Verhandlungsinstanzen seien entschlossen, diese Politik auch weiterhin zu vertreten. Auf die Delegierten machte es einen guten Eindruck, daß das Gewerbeamt und die Stadt offizielle Vertreter entsendet hatten.

Wie Wilna zu seinem Straßennetz gekommen ist, darüber lesen wir in der Zeitschrift „Der Straßenbau“ das folgende: „Das so viel hemängelte Wilnaer Pflaster hat eine merkwürdige Geschichte hinter sich. Kam sich die Stadt bis jetzt seiner prächtigen Straßen zu rühmen, war sie einst durch städtische Paläste und schöne Patrizierhäuser ausgezeichnet, ja hatten doch ihre Bürger nie etwas übrig, sich ein ordentliches Pflaster zu leisten. Bis Ende des 15. Jahrhunderts besaß die Stadt überhaupt keine gepflasterten Straßen; mit der Zeit aber, als der Verkehr wuchs und der Schmutz und Kot namentlich im Frühjahr und Herbst ganz unerträglich wurden, so daß Pferd und Wagen beinahe zu versinken drohten, verfiel der löbliche Magistrat von Wilna auf den löblichen Gedanken, sich auf billige Art ein Pflaster zu verschaffen. Zu diesem Zweck wurde eine Verordnung erlassen, nach der jeder Bauer, der mit Landergüssen, etwa mit Gemüse, Milch, Butter, Getreide zur Stadt kam, unbedingt einen Stein mitbringen mußte, der von den Torwärttern in Empfang genommen und später, wenn eine genügende Menge auf diese Weise gesammelt war, zum Pflastern benutzt werden sollte. So erwarb sich die Stadt die Kosten für die Steine sowie für deren Herbeischaffung, was wohl die größere Hälfte der Gesamtausgaben für Pflastern ausmachte. Für die Bauern war dies aber kein allzu beschwerliches Opfer; denn erstens betraf die Bestimmung nur solche, die mit Pferd und Wagen zur Stadt kamen; Fußgänger waren davon ausgeschlossen. Zweitens liegen bis jetzt noch auf allen Feldern der Umgegend so viele Steine umher, daß ein Sammeln dem Ackerbauer nur Nutzen bringen kann. Drittens war auch die Zeit nicht allzu groß, da zum Pflastern nur kleine und mittelgroße Steine verwendet wurden. Trotzdem aber schienen die Bauern sich nicht besonders willig der Anordnung fügen zu wollen, und so mußte sie immer wieder erneuert eingeschärft werden. Ein letztes Mal wurde die Verordnung im Jahre 1796, also bereits nachdem Wilna an Rußland gefallen war, von dem damaligen Gouverneur Loxanoff erlassen. Der Inhalt dieses Schriftpatentes, das seinerzeit in russischer und polnischer Sprache durch Anschlag bekannt gemacht wurde und im höchsten Archiv aufbewahrt wird, ist, wie wir der „Zeitung der 10. Armee“ in Wilna entnehmen, in Kürze folgender: Der Gouverneur weist auf den trübseligen Zustand der Wilnaer Straßen, namentlich des Marktplatzes, hin, wo die Waren im Schmutz liegen müssen und in unappetitlichem Zustand an den Käufer kommen. Er erinnert hierauf an die alte Sitte, nach der jeder Bauer, der zum Markt kommt, einen Stein mitbringen soll, und bestimmt bei Nichtbefolgung eine entsprechende Geldbuße, die an den Torwärtter zu zahlen ist. Da jedoch die russische Regierung in erster Zeit, um die Bevölkerung für sich zu gewinnen, alle Strafen zu vermeiden suchte, schlicht auch die Bekanntmachung mit einem wohlwollenden Aufruf an die Landbevölkerung, in dem einerseits auf die geringe Mühe hingewiesen, andererseits aber der große Nutzen klar gemacht wird, der für die Bauern erwachse, wenn sie ihre Waren auf einem sauber gepflasterten Marktplatz ausbreiten können. Daß der Erlaß einen ungewöhnlichen Evarjam, Kellern des Wilnaer Magistrats befand, läßt sich nicht beitreten; zugleich erklärt sich aber auch der halbtrübe Zustand des Wilnaer Marktplatzes, denn bei dieser Art von Zufuhr konnte von einer Auslese geeigneter Steine nicht gut die Rede sein.“

Korrespondenzen.

Kernsdorf O.-L. Wie schon in Nummer 10 des „Steinmetze“ berichtet, beträgt die Feuerungszulage bei der Firma W. Kubicki vom 1. April an 35 Prozent; dies bezieht sich aber nur auf die Rubrik. Die Spalter und Schläger erhalten zu dem bisherigen 15 Prozent seit dem 1. März weitere 10 Prozent, vom 1. April an noch 5 Prozent, im ganzen also nur 30 Prozent. Das ist ganz ungenügend bei dieser ungeheuren Preissteigerung in allen Bedarfsartikeln. Die Kollegen werden alles daransetzen, daß die Zulage eine einheitliche wird. Der Verband steht hier gut, allerdings bei reger Agitation können immerhin noch neue Mitglieder gewonnen werden.

Breslau. Schon seit Beginn des Jahres stehen die hiesigen Steinmetzen in Unterhandlung mit ihren Arbeitgebern wegen Erhöhung der Feuerungszulage. Seit Anfang des Krieges sind wir bemüht, den Tarif prozentual zu erhöhen. Im ersten Kriegsjahr gelang es uns 15 Prozent und den Stundenlohn von 70 auf 80 Pf. zu erhöhen. Die fortwährende Verteuerung der notwendigen Lebensbedürfnisse machte aber sehr bald eine fernere Erhöhung nötig und wurden uns 5, später 7 M. pro Woche als Kriegsteuerzulage bewilligt. In diesem Jahre gedachten wir mit den bisherigen Abmachungen zu brechen und endlich eine prozentuale Tarifserhöhung durchzusetzen. Am 26. Januar hatten wir die erste Sitzung mit den Arbeitgebern, wir verlangten 50 Prozent auf den ganzen Tarif. Die Herren zeigten sich nicht abgeneigt, unsern Wunsch entgegenzukommen, suchten aber die ganze Angelegenheit nach Möglichkeit in die Länge zu ziehen und vertöschten uns auf die am 6. Februar tagende Sitzung in Striegau. Bei dieser Sitzung waren wir durch unsern Vorstehenden auf Anregung der Zentralleitung vertreten. Dort wurde festgestellt, daß Breslau schon seit Juli vorigen Jahres in Sachen der Feuerungszulage freie Hand hatte und wurden von neuem beschlossen, daß Breslau selbständig unterhandeln kann. Endlich nach Drängen unsererseits kam es zu einer Verhandlung am 23. Febr. Es wurde uns jede Mittelung am Tarif abgelehnt und wollte man uns 2 M. für den geleisteten Arbeitslohn, für Schrifthauer nur 1,50 M. bewilligen. Wir blieben auf 2,50 M. stehen und zwar ohne Ausnahme für Steinmetzen, Schrift- und Bildhauer und gingen resultatlos auseinander. Nach einer ähnlichen energischen Aufforderung der Lohnkommission erklärten sich die Herren Arbeitgeber endlich mit unserer Forderung einverstanden. Es werden seit dem 4. März 2,50 M. für jeden voll geleisteten Arbeitstag für Steinmetzen, Schrift- und Bildhauer gezahlt. Leider verfluchten die Herren Arbeitgeber diese Abmachungen durch Sammeln von Unterschriften auf einem Umlaufschreiben rechtsverbindlich zu machen. Außerdem wollten sie uns die Zulage durch verächtliche Kleinliche Auslegung der Abmachung verkümmern, wogegen in einer Verammlung Stellung genommen wurde. Wir erwarten daher, daß das Abkommen umgehend mit der Lohnkommission in einen rechtskräftigen Abschluß findet und werden sofort über die Endergebnisse berichten.

Hannover. Unter den großstädtlichen Arbeitern leiden besonders die Steinmetze unter der Lebensmittelpreissenkung und der außerordentlichen Verteuerung der ganzen Lebenshaltung. Die Rationen sind so knapp bemessen, daß die Steinmetze auf die Dauer weder ihre Arbeitskraft noch Gesundheit unbeschädigt erhalten können und die ausländischen und sonst noch etwa zu erhaltenden Lebensmittel sind derart im Preise, daß es des ganzen Wochenlohnes bedarf, um den Wagen nur einigermaßen zu befriedigen. Aus diesem Grunde stellten auch die Kollegen an ihre Unternehmer diesmal die Forderung, daß die Feuerungszulage um 20 Pf. pro Stunde erhöht werden sollte. In mehrmaliger Unterhandlung bewilligten die Unternehmer denn auch die Forderungen. Der Tarif läuft ein Jahr weiter und die Gesamtzulage für Afford- und Lohnarbeiter beträgt ab 1. März 48 Pf. pro Stunde. Diese Zulage wird mindestens bis 6 Monate nach Beendigung des Krieges zugesichert. Die Kollegen können in der Verammlung dem zu und beschließen, um den Rationen wieder zu kürzen, ab 1. April die Beiträge um 10 Pf. zu erhöhen. Im übrigen ist zu wünschen, daß der gute Verhandlungserfolg ein dauernder sein möge. Da der größte Teil der Mitglieder einberufen ist, hat jeder noch am Ort befindliche Kollege die Pflicht, die Verammlungen regelmäßig zu besuchen.
Schwarzenbach a. S. Auf Grund einer Zuschrift des Kgl. Bezirksamts R. A. n. B. teilte ich mit, daß auch diese Behörde den Steinmetzern als besondere Schwerkraftzulage monatlich 6 Pfund Brot gewährt. Auch der Kommunalverband Göttingen gewährt in der Versorgungsperiode nach einer Zustimmung von 7, je 6 Pfund Brot. Sämtliche Eingaben an die 7 Kommunalverbände des Bezirks waren von Er-

folg. Die noch bestehenden Klagen einzelner Ortschaften des Bezirksamts Bunsfelde müssen auch noch behoben werden.
Korrespondenz

Wärzburg. (Muschelkalkgebiet.) Am 31. März 1918 hat der Muschelkalkrat ab. Die Steinmetzeversammlung vom 30. Dezember 1917 beschloß, den Tarif zu kündigen, indem bei der Halbjahrsversammlung unserer Unternehmer eine burgfriedliche Revision unseres Tarifs aussichtslos war. Am 19. Februar traten die beiderseitigen Kommissionen zu einer Verhandlung zusammen. Die Arbeitgeber erklärten unter allerhand fadenheiligen Gründen auf eine Verhandlung über unsere Änderungsanträge nicht eingehen zu wollen. Da von Arbeitgeberseite Gegenanträge nicht gemacht wurden, mußte die Verhandlung ergebnislos verlaufen. Am 21. Februar wurden uns die Gegenanträge vom Vorstehenden der Herren Arbeitgeber übermittelte, welche lauten:

1. Auf den bestehenden Steinmetzlohn tarif zahlen wir ab 1. Juni 1918 bis 30. Juni 1918 statt bisher 15 Prozent gleich 20 Prozent und ab 1. Juli 1918 bis sechs Monate nach Kriegsende statt 20 Prozent gleich 25 Prozent Feuerungszulage.
 2. Die Position 51 des Tarifes Schlußsatz des 1. Absatzes soll wir dahin auf, daß den Stundenlöhnen, die in den letzten vier Wochen verdienten Affordlöhne zugrunde zu legen sind.
- Offen gestanden, man muß sich wundern, daß die Herren Arbeitgeber es im Ernste unternehmen, den Arbeitern einen solchen Betrag mitzuteilen. Also die Steinmetze im Muschelkalkgebiet sollen mit 20 Prozent Zuschlag abgepfiffen werden, es fehlen uns die passenden Worte darüber längere Ausführungen zu machen.
Eine Verammlung am 24. Februar nahm Stellung zu dem Angebot der Arbeitgeber. Nur schade, daß kein Arbeitgeber zugegen konnte, vielleicht hätten sie sich doch etwas geschämt ob der Entkräftung der Verammlung. Es wurde mit 34 gegen eine Stimme bei geheimer Abstimmung beschlossen, nur auf Grundlage unserer Vorschläge zu verhandeln. Das Angebot der Arbeitgeber betrachtete man nicht als Verhandlungsfähig. Die Kollegen haben nicht weiter Lust bei den bestehenden Löhnen weiter als Steinmetzen zu arbeiten, sondern sind entschlossen, wenn die Arbeitgeber sich nicht zu annehmbaren Zugeständnissen bequemen, sich andre lohnendere Beschäftigung zu suchen. Die Steinmetzen sind jetzt die Augen wieder einmal geöffnet worden, sie sehen den Dingen, die da kommen, in Ruhe entgegen.

Vorstandsbesanntmachung.

Bei den Verhandlungen über die Gewährung der dritten Feuerungszulage hat sich als sehr mütlich herausgestellt, daß die Kollegen in den Zahlstellen die Statistikkarten nicht ausfüllen. Die Ortsverwaltungen haben dafür zu sorgen, daß in Zukunft die Kartenausfüllung strikte vorgenommen wird. Wir können ja sonst die Kartenausgaben für Unternehmer, die meist nur mit den Ausnahmefällen kommen, nicht richtigstellen, wenn es unsere Kollegen unterlassen, der Verbandsleitung das nötige Material zu liefern. Die Kartenausfüllung der Statistikkarten macht wahrhaftig keine große Arbeit, Ortsverwaltungen mögen in Zukunft also nach dem rechten Weg gehen.

Anzeigen

Steinmetzen und Schrifthauer
in dauernde Stellung gesucht. Stundenlohn M. 1.25 bei 9 stündiger Arbeitszeit. Schrifthauer gute Affordlöhne.
Stettiner Steinindustrie G.m.b.H., Stettin

Tüchtiger Steinmetz
für Sandsteinarbeiten, und in der Grabbranche vertraut, findet lohnende Beschäftigung
Bruno Merzel, Marmor- u. Granitwerk, Dierdorf

Schrifthauer
auf Granit und Sandstein in gutem Afford für dauernde Beschäftigung gesucht.
Mag Straz, Steinbildhauerei, Dessau

Steinmetzen
für Granitschrift und Grabsteine, sowie Zement- und Terrazzo Arbeiter stellt sofort ein
Karl Prager, Bildhauerei, Delsnitz i. Vogell.

Steinmetzen, Schrifthauer
für dauernde Arbeit gesucht.
Granitindustrie Hermann Jagdmann, Stettin

Im Felde gefallen

sind nachstehende Kollegen:
Christian Berger, 41 Jahre alt, aus der Zahlstelle Dürheim.
Oswin Max Krüger, 41 Jahre alt, aus der Zahlstelle Pirna.
Hans Meterhofer, 35 Jahre alt, aus der Zahlstelle Regensburg.
Ernst Seidenspinner, 31 Jahre alt, aus der Zahlstelle Neubrunn.
Ehre ihrem Andenken!
(Wir erlauben die Beiratsleute, daß auch bei der Meldung über die im Felde Gefallenen das Todesangelegensformular ausgefüllt wird.)

Gestorben.

(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingelaufen sind.)
In **Rechenbach** am 1. März der Sandsteinmetz **Josef Anton Scheubner, 54 Jahre alt, an Lungentuberkulose.**
In **Batter** am 3. März der Sandsteinmetz **Gottlieb Pförner, 59 Jahre alt, an Lungentuberkulose.**
In **Neusorg** am 4. März der Granitsteinmetz **Josef Schrieker, 49 Jahre alt, an Lungentuberkulose.**
In **Heidingsfeld** am 6. März der Kalksteinmetz **Adam Schneider, 45 Jahre alt, an Lungentuberkulose.**
In **Pirna** am 7. März der Hilfsarbeiter **Max Gey, 52 Jahre alt, an Lungentuberkulose.**
In **Mittelteine** am 8. März der Sandsteinmetz **Gustav Dressel, 57 Jahre alt, an Lungentuberkulose.**
In **Wiesbaden** am 12. März der Marmorsteinmetz **Stefan Ortseifen, 30 Jahre alt, an Lungentuberkulose.**
Ehre ihrem Andenken!
Verantwortlicher Redakteur: Alois Staudinger, Verlag Paul Starke, beide in Leipzig.
Rotationsdruck der „Freien Presse“ Leipzig, Königstraße 5.